

Demokratie und Sozial sind muss: Zeitenwende für Politikwende nutzen!

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erkannte eine Zeitenwende, als die aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP zusammengesetzte Bundesregierung 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr bereitstellte. Für viele Menschen fand diese Zeitenwende jedoch schon früher statt. Das Finanzpaket für die Bundeswehr war für sie nur ein Indiz eines Prozesses, der für viele bereits Wirklichkeit war und nicht erst mit Beginn der Corona-Pandemie begann. Denn bereits vor März 2020 befanden sich tausende Menschen im Krisenmodus. Arbeitslosigkeit, Mietwucher, Sozialleistungen, Alters- sowie Kinder- und Familienarmut prägten ihren Lebensalltag und unterschieden sie von der Einkommensmitte, die von diesen Sorgen weitestgehend verschont war.

Doch die Pandemie zog auch die Einkommensmitte in diesen Sorgenstrudel hinein. Bildungseinrichtungen machten von heute auf morgen die Türen zu, Eltern durften in den Seniorenzentren nicht mehr besucht werden, vermeintlich sichere Arbeitsplätze waren nicht mehr systemrelevant, eine lebensgefährliche Krankheit übertrug sich über die notwendige Luft zum Atmen und nicht zuletzt die Flutkatastrophe im Juni 2021 zerstörte so manche Existenzgrundlage. Als dann noch Putins Bomben in der Ukraine fielen, war auch der*dem letzten Millionär*in klar, dass seine Kinder und Enkelkinder in einer anderen Welt aufwachsen. Die Zeitenwende hatte alle Schichten erreicht. Doch sie trifft diese immer noch unterschiedlich hart und benachteiligt Milieus einmal mehr, die ohnehin schon von den Fliehkräften der Gesellschaft erfasst wurden. Allein die Inflation belastet einkommensschwächere Haushalte um ein Vielfaches mehr, während der Tankrabatt in die Kassen der Mineralölkonzerne floß. Damit ist die Zeitenwende endlich für alle systemrelevant und erfordert einer Politikwende!

Den Lebensabend würdevoll genießen können!

Während die Rente aufgrund unterbrochener Erwerbsbiografien und Gehältern knapp über dem Existenzlevel vielen Menschen ohnehin schon nicht mehr zum Leben reicht, explodieren nunmehr auch noch die Preise nicht nur für Energie und Lebensmittel. Dabei sind schon jetzt mehr als 15 Prozent der über 65-Jährigen armutsgefährdet. Tendenz steigend, weil schon heute das deutsche Rentenniveau deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegt und weil es bis zum Jahr 2035 noch einmal deutlich sinken

wird. Dass Rentner*innen dabei noch schlechter dastehen als männliche Ruheständler liegt angesichts des Gender-Pay-Gaps und der immer noch ausgeprägten geschlechtsspezifischen Wahrnehmung von Erziehungsaufgaben auf der Hand.



Bei der Rentenanpassung werden die stetig steigenden Verbraucher*innenpreise gerade bei geringen Renten nicht kompensiert. Berücksichtigt wurde die Rentner*innen-Generation auch nicht bei der bei kurzfristigen finanziellen Entlastungsmaßnahme Energiepreispause. Gänzlich im Abseits stehen Senior*innen jedoch, wenn sie pflegebedürftig werden. Denn während die Personal- und Sachkosten in der Pflege seit Jahren steigen, steigt auch der Anteil, den Pflegebedürftige aus eigener Tasche zahlen müssen. In Nordrhein-Westfalen müssen Pflegebedürftige in einer stationären Einrichtung mit durchschnittlich 2.587 Euro so viel zahlen, wie sonst kaum jemand in Deutschland. Gleichzeitig sind die Leistungsbeträge der Pflegekassen gesetzlich gedeckelt, so dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen die unvermeidlichen Kostensteigerungen finanzieren müssen.

Diese Kosten machen Betroffene bei einer Durchschnittsrente von 1.249 Euro (Mann) bzw. 741 Euro (Frau) zum Sozialfall. Gepflegt und betreut werden sie dort dann von Menschen, die sich für diese Aufgabe zerreißen und oftmals über ihre Belastungsgrenzen gehen müssen, da die Pflege vom Fachkräftemangel aufgezehrt ist. Zwar ernten Pfleger*innen dieser Tage viel Applaus, verdienen aber noch nicht das, was ihnen eigentlich zustehen müsste.

Darum fordert die AWO Niederrhein von der schwarz-grünen Landesregierung:

- Eine Bundesratsinitiative zur Begrenzung des Eigenanteils in der Pflege.
- Eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung umzugestalten, die auch zum Beispiel Selbstständige und Beamt*innen miteinbezieht.
- Eine Bundesratsinitiative zur Anpassung der Rentenformel an die rasant steigenden Verbraucher*innenkosten.
- Eine Fachkräfteoffensive für die Pflege, die unter anderem beinhaltet, die Gehälter der Pflegekräfte in der ambulanten und stationären Pflege an die des Krankenhaus-Personals anzupassen, und zwar ohne, dass die Eigenanteile steigen.

Zukunft gestalten: Bildungschancen gerecht verteilen

Qua Verfassung hat jedes Kind in NRW Anspruch auf Erziehung und Bildung. Diesem Rechtsanspruch wird in NRW auch genüge getan. Allerdings nur quantitativ. Qualitativ ist gute Bildung in diesem Bundesland Glückssache und von der Postleitzahl der Eltern abhängig – wie auch bei der Gebührenerhebung. Bisweilen entscheidet sogar die Hausnummer, welche Bildungschancen ein Kind hat. Denn die Bildungsinstitutionen von der Kita bis zur Schule sind in NRW nicht nur völlig unterfinanziert, oftmals fehlt es auch an verbindlichen Qualitätsstandards. Sofern diese wie in der Kindertageseinrichtung existieren, mangelt es an ausreichend Personal, die richtigen Qualitätsanforderungen im Alltag mit Leben füllen zu können.

Wie in der Pflege zerreißen sich auch Erzieher*innen, um Kinder beim Aufwachsen zu unterstützen. Aber auch sie leiden unter einem Fachkräftemangel, der seit Jahrzehnten ebenso bekannt wie ungelöst ist. Gleichzeitig wächst das Aufgabenspektrum bei einem Qualitätsanspruch stetig an und wird nahezu unerfüllbar, wenn der Kita -Alltag, wie zuletzt in der Pandemie, auch noch durch 41 Coronabetreuungsverordnungen in 24 Monaten durcheinandergewirbelt wird. Das waren im Durchschnitt 1,7 neue Verordnungen pro Monat, bei denen Hygienekonzepte und Zugangsbeschränkungen neu angepasst, kommuniziert und umgesetzt werden mussten. Und dies teilweise in der Nacht von Sonntag auf Montag, wahlweise auch Freitagabend.

Doch auch mit mehr Personal für mehr Qualität sind in Nordrhein-Westfalen Bildungschancen immer noch nicht gleich verteilt.



Denn Bildungsinstitutionen wirken in einem Sozialraum, der gleichzeitig auch die Institution prägt. Diese herausfordernde Unterschiedlichkeit wird bei der Förderung von Schulen jedoch nicht berücksichtigt. Aber Ungleiches kann nicht gleichbehandelt werden.

Darum ist es dringend erforderlich, die personelle und qualitative Ausstattung von Schulen an einem Sozialindex zu orientieren. Zudem ist Digitalisierung für Bildungsinstitutionen immer noch Neuland. Nicht weil Mitarbeiter*innen, Schüler*innen und inzwischen auch Kita-Kinder es nicht können, sondern weil die Einrichtungen technisch dazu vielfach nicht in die Lage versetzt werden. Während vielerorts ganze Arbeitsprozesse während der Pandemie digitalisiert wurden, bleibt Bildung vielerorts vom Netz abgekoppelt.

Darum fordert die AWO Niederrhein von der schwarz-grünen Landesregierung:

- Ein neues Kita-Gesetz, um die Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen durch mehr Personal und bessere Qualität nachhaltig zu verbessern.
- Einen Sozialindex für Kitas und Schulen für eine bedarfsgerechte Ausstattung.
- Festlegung und Finanzierung fachlicher Mindeststandards für Personal, Sachmittel und Räume sowie die gesetzliche Verankerung des Offenen Ganztags in der Jugendhilfe.
- Eine Fachkräfteoffensive durch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und Qualifizierungsprogramme für Quereinsteiger*innen.

Wohnen ist kein Luxusgut und muss für alle erschwinglich sein

Unlängst zeigte eine Studie auf, dass fast jeder zweite Haushalt in deutschen Großstädten mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens für die eigenen Miete aufbringen muss. Gut ein Viertel der Haushalte seien sogar mit mindestens 40 Prozent ihres Nettoeinkommens belastet. Mietkosten fressen den Verdienst auf. Sozialschwächere werden gänzlich aus vermeintlichen Szene-Quartieren verdrängt. Dies führt zu einer Ghettoisierung Wohlhabender, während immer mehr Stadtteile abgehängt werden. Armut, Arbeits- und Chancenlosigkeit werden auf dem Wohnungsmarkt geclustert.



Auch die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen sowie Luxusmodernisierungen tragen dazu bei, dass sich die Lage auf dem nordrhein-westfälischen Wohnungsmarkt nicht entschärft. Das Gegenteil ist der Fall. Der Verlust der Wohnung wird für immer mehr Menschen eine existenzielle Gefahr. Verstärkt wird diese Entwicklung auch dadurch, dass in Nordrhein-Westfalen immer weniger gemeinwohlorientierte Wohnungen gefördert werden. Denn bei der Wohnraumförderung geht es nicht nur um die Schaffung neuen Wohnraums, sondern auch um die Sicherstellung der Bezahlbarkeit. Dies gilt umso mehr, da in Nordrhein-Westfalen weiterhin ein flächendeckender Mieter*innenschutz fehlt. Anstatt Rechte auszubauen, wurden diese stückweise abgebaut.

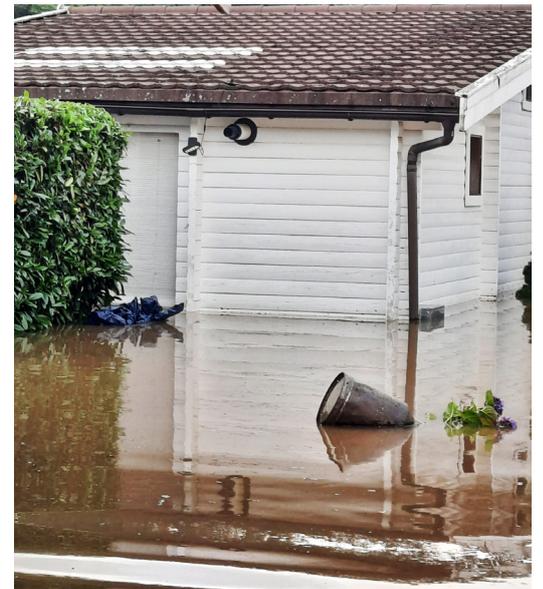
Darum fordert die AWO Niederrhein von der schwarz-grünen Landesregierung:

- Den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und dessen Planung durch eine Landesbaugesellschaft.
- Die flächendeckende, sozial ausgewogene Ausweitung der Mietpreisbegrenzung.
- Den besseren Schutz der Mieter*innen bei Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen.
- Die Ausweitung und finanzielle Aufwertung des Sonderprogramms „Soziale Stadt NRW“ zur Förderung sozial benachteiligter Quartiere.

Klimaschutz muss sich jede*r leisten können: Nachhaltigkeit sozial verträglich gestalten

Klimaschutz wurde viele Jahre als Modethema betrachtet. Denn der Anstieg des Meeresspiegels war für die Menschen an Rhein und Ruhr ebenso weit weg, wie die Bäume, die am Amazonas abgeholzt wurden. Inzwischen ist der Klimawandel aber auch hier eine reale Bedrohung geworden. Das gilt nicht nur für Naturkatastrophen mit Überschwemmungen durch Starkregen und Orkane, die unsere Infrastruktur lahmlegen.

Auch in den Einrichtungen der Alten- und Jugendhilfe leiden immer Menschen in den Sommermonaten unter der stetig steigenden Hitze, der sie angesichts unzureichender Wärmeschutzmaßnahmen ausgesetzt sind. Denn nach wie vor sind viele private und öffentliche Gebäude nicht energetisch saniert.



Dabei ist energetische Gebäudesanierung nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch zum Schutz der Menschen, die in diesen Gebäuden leben, arbeiten, gepflegt oder betreut werden.

Allerdings gibt es diese Sanierungen nicht umsonst, wie auch Klima- und Umweltschutz generell ihren Preis haben. Das merken auch Verbraucher*innen, die noch das nötige Kleingeld in der Tasche besitzen, um sich nachhaltig zu ernähren und zu leben. Viele hingegen haben nicht mehr die finanziellen Mittel, um Bio-Produkte zu kaufen oder auf energieeffiziente Technologien umzusteigen.

Für diese Menschen sind bereits die stetig steigenden Energiepreise eine Herausforderung, die sie am Monatsende dazu zwingt, jeden Cent zweimal umzudrehen, während andere klimaschädlich immer noch mit ihren PKWs Elterntaxi spielen und in jeden Ferien um die Welt fliegen. Klima- und Umweltschutz gibt es nicht umsonst. Nachhaltigkeit muss aber für jeden von uns finanzierbar sein.

Denn Klima- und Umweltschutz funktionieren nur, wenn alle Menschen ihren Beitrag dazu leisten können. Darum bringen Appelle und Aufrufe niemanden mehr weiter, wenn nicht jede*r Einzelne finanziell dazu befähigt wird, zumindest nachhaltiger leben zu können. Das gilt gleichermaßen auch für Träger von Alten- und Jugendhilfeeinrichtungen bei der Förderung und Refinanzierung energetischer Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zum Schutz vor sommerlicher Hitze.

Darum fordert die AWO Niederrhein von der schwarz-grünen Landesregierung:

- Die Refinanzierung energetischer Ertüchtigungen der Einrichtungen in der Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe.
- Eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines sozialen Klimageldes, um einkommensschwächere Haushalte bei steigenden Energiepreisen zu unterstützen.
- Eine Bundesratsinitiative, um pflanzliche Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse, Getreideerzeugnisse und pflanzliche Öle und den öffentlichen Personennahverkehr von der Mehrwertsteuer zu befreien.
- Eine Bundesratsinitiative, um Heizungsmodernisierungen und sonstige energetische Maßnahmen ermäßigt zu besteuern.

Weil der Mensch ein Mensch ist, ist soziale Demokratie kein Selbstläufer

Das Land, in dem wir leben möchten, ist nicht das Land, in dem Pandemie-Leugner mit Nazis die öffentliche Wahrnehmung durch Demonstrationen prägen und immer selbstverständlicher durch die Gesellschaft marschieren. In dem Land, in dem wir leben möchten, übernehmen auch die ehrenamtlich geführten Tafeln nicht die sozialstaatliche Aufgabe bei der Versorgung der Menschen, die sich nicht mehr aus eigenen Mitteln versorgen können. Das Land, in dem wir leben möchten, unterstützt durch einen ak-

tiven Sozialstaat und weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten den Menschen, sich selbst verwirklichen zu können. In diesem Land ist niemand durch Armut und/oder Herkunft daran gehindert, ihre*seine Zukunftschancen selbst zu gestalten. Alle Menschen haben die Möglichkeit, ihre Chancen zu nutzen. Dies zu ermöglichen, ist Aufgabe eines starken Staates, der seine Bürger*innen darin befähigt, selbstbestimmte Mitglieder der Solidargemeinschaft zu werden. Nur wenn Menschen spüren, dass sie nicht aufgrund ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft in ihrer Entwicklung gehemmt werden und sie alle Chancen haben, aktiv und wirksam ihre Zukunft zu gestalten, stehen sie für diese Demokratie ein.



Demokratie braucht einen starken Sozialstaat. Ein starker Sozialstaat stärkt die Demokratie. So richtig es ist, die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr durch Rettungspakete herzustellen, so wichtig ist es auch, dass gesellschaftliche Fundament unseres Miteinanders nicht zu gefährden. Klar ist: soziale Demokratie gibt es nicht umsonst. Auch dafür müssen nun die finanziellen Mittel bereitstehen, um zur Verfügung stehende Instrumente gegen Armut und Ausgrenzung zu optimieren und mit neuen Systemen wie die Kindergrundsicherung auf bekannte Herausforderungen endlich adäquat reagieren zu können.

Darum fordert die AWO Niederrhein von der schwarz-grünen Landesregierung:

- Eine Bundesratsinitiative zur Einführung der Kindergrundsicherung.
- Die Zustimmung im Bundesrat, um Hartz IV durch das Bürgergeld abzulösen.
- Eine Kampagne zur Stärkung der Demokratie und die Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen.
- Eine finanzielle Besserstellung des ehrenamtlichen Engagements z.B. durch höhere Steuerfreibeträge, um einen unerlässlichen Grundpfeiler unseres Sozialstaates und unser Demokratie zu stärken.